Zorn auf Ministerialbürokratie

Tümpelgartenschule: Hanau nimmt Ohnmacht gegenüber Wiesbaden nicht hin

Hanau (tok). Für dieses Jahr ist der Zug abgefahren. Wieder einmal ist es nichts geworden mit der Umwandlung der Tümpelgartenschule in eine integrierte Gesamtschule. Das will die Stadtverordnetenversammlung nicht akzeptieren. Mehrheitlich hat das Hanauer Parlament Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) aufgefordert, ihre jüngste Entscheidung zu revidieren und die IGS zumindest aber zum Schuljahr 2011/2012 zu genehmigen.

Die Fraktionen lieferten sich eine zweieinhalbstündige Grundsatzdebatte über die angeblichen Versäumnisse der hessischen Schulpolitik und den bereits seit Jahrzehnten vergeblichen Wunsch, aus der Tümpelgartenschule eine Gesamtschule zu machen. Die Wogen waren zusätzlich hoch geschlagen, weil die CDU angeregt hatte, dass die Stadt Hanau zusammen mit dem Main-Kinzig-Kreis einen „Schulzweckverband Integrierte Gesamtschule" bildet. Diese Idee stieß aber bei der Mehrheit des Parlaments auf keine Gegenliebe. Auch ein Antrag der Fraktion Die Linke fiel durch, der eine „sofortige" Revidierung der Entscheidung Henzlers forderte. Der von der Viererkoalition beschlossenen Antrag fordert die Ministerin auf, die Teilfortschreibung des Hanauer Schulentwicklungsplans 2007 bis 2012 zu genehmigen. Außerdem wurde Henzler aufgefordert, „zeitnah" Gespräche mit dem OB und dem Hanauer Schuldezernenten aufzunehmen.

Jochen Dohn (Die Linke) nannte die Ablehnung „eine politische Entscheidung". Das Kultusministerium habe so lange in den Krümeln gesucht, bis es fündig geworden sei. Für Dohn sei es nicht nachvollziehbar, dass es für das Ministerium der Entscheidungsgrund war, keine beglaubigte Abschrift des Stadtverordnetenschlusses erhalten zu haben. Er rief zu einer Protestfahrt der Hanauer zum Wiesbadener Kultusministerium auf.

Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold (FDP) nannte das Herumreiten des Kultusministeriums auf Formalien „sehr merkwürdig", wo doch in Hanau alle Voraussetzungen vorliegen, damit die IGS geschaffen werden könnte. Vor allem der vom Hessischen Schulgesetz geforderte Elternwille sei vorhanden, die Schüler seien da, die Schulgemeinde stehe hinter dem Vorhaben und auch der Kreistag wolle die IGS an der Tümpelgartenschule – nur die zwei Kreispolitiker „Alois Lenz und Günter Frenz wollen nicht".

Der von der Hanauer CDU vorgelegte Antrag für die Bildung eines Zweckverbandes begünstigt laut Dr. Piesold die Interessen des Main-Kinzig-Kreises , der „sich einen finanziellen Vorteil verschaffen" wolle, obwohl Schulraum in Hanau vorhanden sei. „Die CDU vertritt nicht die Interessen der Stadt Hanau sowie seiner Bürger und ist den Interessenvertretern des Main-Kinzig-Kreises, Lenz und Frenz, auf den Leim gegangen.

FDP will Hebel gefunden haben

Ursula Schäfer, Vorsitzende der FDP-Fraktion, wies auf einen Punkt hin, „an dem die Ministerialbürokratie angreifbar" sei. Die jetzige Entwicklung habe außer acht gelassen, dass das System G8 am Ende der Klasse zehn alle jene Schüler eklatant benachteilige, die den Übergang in die Oberstufe nicht schafften. Weil diese Schüler nicht die erforderlichen neun Schuljahre nachweisen könnten, müssten sie die Schule ohne Schulabschluss verlassen oder ein weiteres Schuljahr an einer Realschule verbringen, um den Abschluss nach zu holen. Da in einem integrierten System G9 gelte, also das Abi im 13. Schuljahr abgelegt werde, gebe es dieses Risiko nicht. „Ergo ist diese Entscheidung von Eltern für die Schulform IGS ein Sicherheitsfaktor von eklatanter Bedeutung, weil er von vornherein einkalkuliert, dass die Gefahr des Verlassens der Schule ohne Schulabschluss geringer ist", sagte Schäfer weiter. Laut Franz Ott (CDU) seien dem Hanauer Schuldezernenten handwerkliche Fehler unterlaufen. Er wies kategorisch den Vorwurf Piesolds zurück, dass die Hanauer CDU fremdbestimmt sei durch eine Einflussnahme seitens der CDU-Kreispolitiker Lenz und Frenz. Es sei ganz offensichtlich, dass hinter dem bereits seit Jahrzehnten verfolgten Thema IGS Tümpelgarten ein politisches Ziel stehe. Die Stadt Hanau könne sich eine weitere integrierte Gesamtschule gar nicht leisten auf Grund der größten Verschuldung in ihrer Geschichte. Ott teile die Meinung, dass die Tümpelgartenschule gar nicht genug Schüler zusammen bekäme für ein Gesamtschulangebot.

„Wir sind enttäuscht vom Kultusministerium", meinte SPD-Fraktionsvorsitzende Cornelia Gasche. Das Verhalten Wiesbadens entspreche „nicht einem sachgerechten und seriösen Umgang mit solch einer wichtigen Sache". Sie warf dem Landtagsabgeordneten Lenz vor, „alte Zahlen" zu präsentieren. Von der Hanauer CDU erwarte die SPD, dass sie künftig die Interessen Hanaus vertrete und nicht die Verantwortung an den Main-Kinzig-Kreis abgebe. Wulf Hilbig (Bündnis 90/Die Grünen) nannte die Nichterteilung der Genehmigung für die integrierte Gesamtschule typisch. Deutschland sei unrühmlich dafür bekannt, „Spitze in der sozialen Auslese" zu sein. Dies sei ein Verstoß gegen die Chancengleichheit. Bert-Rüdiger Förster (Republikaner) warb für die Umsetzung des Vorschlags der CDU. Dies sei immer noch besser als die „brutalstmögliche Konfrontation mit dem Hessischen Kultusministerium".

Oberbürgermeister Claus Kaminsky bezeichnete den CDU-Antrag als Irrweg, der die Rolle Hanaus als Oberzentrum schwäche. Hanau werde nicht Ruhe geben, bis es die IGS Tümpelgarten gebe.